Pressemitteilung

Ansbach, 29. Mai 2009

Bürgerinitiative würdigt Stadtratsbeschluss zu US-Hubschrauberlärm als „politische Zeitenwende“

Abzug der US-Kampfhubschrauber „großer Erfolg des hartnäckigen Bürgerprotests“

Militärsiedlung am Urlas jetzt überflüssig? – Gespräch mit Staatskanzlei – Druck auf Bundesebene

Der Vorstand der Bürgerinitiative „Etz langt´s!“ hat jetzt den einstimmigen Beschluss des Ansbacher Stadtrats vom 26.05.09 zum Schutz der Bevölkerung vor der militärischen Flugtätigkeit der US-Hubschrauber als „wegweisend“ begrüßt und sprach von einer “politischen Zeitenwende“ in Bezug auf das US-Militär. Vorsitzender Hansjörg Meyer betonte, dass der zähe und hartnäckige Protest der Bevölkerung in der Region Ansbach gegen die Einschränkung ihrer Lebensqualität im Zuge der seit 2006 geplanten weiteren Militarisierung ihrer Heimat diese Entwicklung ermöglicht habe.

Dies bestätige auch Meyers Gespräch mit dem in dieser Sache von Ministerpräsident Seehofer beauftragten Ministerialrat der bayerischen Staatskanzlei, der eingestand, dass die Verdopplung der Militärhubschrauber in Ansbach im Jahr 2007 und die damit einhergehen Ausbaupläne der US-Basis „ein Fehler“ gewesen seien. Bei einer Fortsetzung des Bürgerprotests könne „der Militärstandort Ansbach nicht in dieser Form gehalten“ werden.

Die Reaktion des US-Militärs in Form der Ankündigung des Abzugs eines Großteils der US-Hubschrauber nach Grafenwöhr sei laut Meyer der „erste Schritt zum Abbau des Militärs in Ansbach“, der im Interesse der Bevölkerung konsequent weiter fortgesetzt werden müsse. Der Hubschrauberabzug widerlege zudem eindrucksvoll jene politischen Kräfte in Stadt und Region, die in der Vergangenheit den Bürgern eingetrichtert hätten, man könne „sowieso nichts machen“. Derweil wiesen die ersten Ergebnisse der Lärmmessungen der Hubschrauberüberflüge durch Mitglieder der Bürgerinitiative in Ansbach-Obereichenbach andauernde deutliche Überschreitungen der gesetzlichen Grenzwerte des nächtlichen Fluglärms (55 Dezibel) auf.

Man wolle nun Abgeordnete aller Parteien in die Pflicht nehmen, den Stadtratsbeschluss auf Bundesebene auch umzusetzen und die Zukunft des Militärstandorts im Deutschen Bundestag zu thematisieren. Die anstehende Bundestagswahl wolle man hierfür besonders nutzen. Angesichts der Abzugsankündigung stellte die Bürgerinitiative auch die Pläne zur Errichtung einer umzäunten Militär-Trabantenstadt auf dem Höhenzug Urlas über Ansbach grundlegend in Frage. Diese erscheine nun noch überflüssiger, daher müssten die begonnen Bauarbeiten unverzüglich gestoppt werden bis die Folgen einer Entscheidung des Bundestages ersichtlich seien. Vielmehr müsse die einzigartige Tier- und Pflanzenwelt auf dem Gebiet der zwölffachen Größe der Ansbacher Altstadt gerettet werden. Dies sei immer noch möglich.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher